

ritären Regimen<sup>1</sup> beherrscht war, so änderte sich dies in den achtziger Jahren angesichts deren spektakulären Scheiterns gerade an den Problemen, deren Lösung sie meist als Rechtfertigung für den Auftritt in der politischen Arena angegeben hatten, nämlich den wirtschaftlichen.

Der vorliegende Sammelband gibt die im Juli 1988 in Quito auf einem Seminar der *Corporación de Estudios para el Desarrollo (CORDES)* gehaltenen Vorträge wieder: Sie behandeln Argentinien (Marcelo Montserrat, S. 21-46), Brasilien (Geraldo Lesbat Cavagnari Filho, S. 47-89), Chile (Oscar Buzeta, S. 91-128), Ecuador (Fernando Bustamente, S. 129-160), Perú (Francisco Morales Bermúdez, S. 161-249) und Venezuela (Alberto E. Müller-Rojas, S. 251-276). Interessant an diesen Beiträgen ist schon, daß hier nicht (wieder einmal) larmoyant über "das Militär" geschrieben, sondern gleichsam von Insidern deren Historie und gegenwärtiger Status beschrieben wird: Die Autoren sind (z.T. ehemalige) Militärs, so im Falle Brasilien, Chile, Perú und Venezuela.

Zwei übergreifende Beiträge versuchen die Demokratisierung in Lateinamerika zu systematisieren angesichts des Mitte 1988 vorgefundenen Befundes, daß nur noch in Chile, Haïti und Paraguay offen Militärdiktaturen herrschten. Während sich Carlos Moneta, S. 231-351, mit der intermilitärischen Kooperation beschäftigt, bemüht sich J. Samuel Fitch, S. 277-320, um die Definition eigenständiger südamerikanischer Modelle der zivilen-militärischen Beziehungen und muß dabei konstatieren, daß lediglich Venezuela, Mexiko und Kuba über konsolidierte Systeme der zivilen Kontrolle über das Militär verfügen. Angesichts dieses bekannten Umstandes überrascht ohnehin, daß Venezuela mit erörtert wird. Die letzte Militärherrschaft liegt dort 30 Jahre zurück (1948-1958). Demgemäß kann Müller-Rojas auch wenig zur heutigen Rolle des Militärs sagen.

*Gerhard Scheffler*

### **Panama - Probleme des Kanals und der politischen Entwicklung**

Institut für Iberoamerika-Kunde, Hamburg (Hrsg.)

Lateinamerika, Analysen. Daten. Dokumentation, Beiheft Nr. 4: Juli 1988

Der größte Teil der Publikation besteht aus den Ende 1987 auf einem Seminar zur Problematik des Panamakanals in Hamburg vorgelegten Referaten panamaischer und deutscher Experten. Zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Carter-Torrijos-Verträge, die eine schrittweise Übergabe der Installationen der seit Gründung der Republik von den USA

<sup>1</sup> Vgl. nur *David Collier* (Hrsg.). *The New Authoritarianism in Latin America*, Princeton/New Jersey 1979; *James M. Malloy* (Hrsg.): *Authoritarianism and Corporatism in Latin America*, Pittsburgh 1977.

kontrollierten Kanalzone bis zur Übernahme aller Souveränitätsrechte durch Panama am 1. Januar 2000 vorsehen, strebte die Tagung eine Bilanzierung und Prognose der Entwicklung der transisthmischen Wasserstraße und der politischen Situation im Kanalstaat an. Durch die im Juni 1987 ausgebrochene schwerwiegende innenpolitische Krise um den Kommandanten dere Streitkräfte und "starken Mann" der panamaischen Politik, General Noriega, erhielt das Thema eine Aktualität, der insbesondere die Teilnehmer aus Panama in ihren Beiträgen Rechnung zu tragen versuchten. Angesichts der Vorläufigkeit der entsprechenden Einschätzungen und der bis zum Erscheinen der Publikation im Juli 1988 erfolgten Weiterungen und Veränderungen im panamaischen Krisenszenario hat M. Minkner dem Beiheft zwei Artikel eingefügt, welche die Hintergründe der Krise und deren Verlauf bis Mai 1988 behandeln.

Vor allem der einleitende Beitrag Minkners gibt einen guten Überblick über die historischen Wurzeln und die strukturellen Ursachen der aktuellen Krise, wobei sie die Besonderheiten des seit der Machtübernahme der Nationalgarde (1968) etablierten politischen Systems, die ungewöhnliche Struktur und Verletzlichkeit der panamaischen Volkswirtschaft, die hochgradige Abhängigkeit des Landes von und die zumindest latent stets gespannten Beziehungen zu den USA und die politische Rolle des Kanalstaats in Zentralamerika thematisiert. In dem von der Autorin präsentierten Faktorenbündel zur Erklärung der radikalen Kehrtwendung in der Panama-Politik der USA und des Umstands, daß die Reagan-Administration lange Zeit mit General Noriega eng zusammenarbeitete, obwohl dessen dubiose Praktiken (Drogenhandel, Waffenschiebereien u.a.) in Washington bekannt waren, fehlen allerdings die beiden wohl wichtigsten Punkte: Noriegas Duldung von auf die zentralamerikanischen Krisenherde ausgerichteten militärischen und nachrichtendienstlichen Aktivitäten von US-Einheiten in der Kanalzone, die gegen die Verträge von 1977 verstoßen, sowie die nationalistische und US-feindliche Position von Stabschef Oberst Díaz, der nach einer Ablösung Noriegas diesem im Amt des Oberbefehlshabers gefolgt wäre und die Aktionen der US-Militärs in Panama wahrscheinlich stärker kontrolliert hätte (Díaz' Enthüllungen nach seiner Zwangspensionierung durch Noriega lösten die politischen Turbulenzen aus).

Dem Beitrag von O. Seiler, in dem der Schwerpunkt auf die Vor- und Frühgeschichte des Kanalprojektes gelegt, die heutige Bedeutung des Wasserwegs dagegen nur gestreift wird, folgt eine souveräne Analyse der völkerrechtlichen Problematik der Kanalfrage und der Verträge von 1977 durch B. Wolf, der hier die wesentlichen Passagen einer 1987 in einer rechtlichen Fachzeitschrift erschienenen längeren Abhandlung wiederholt. R. Stuchey behandelt das Thema aus schiffahrtspolitischer Sicht, wobei vor allem die Auswirkungen neuer Trends in der amerikanischen Seehandelsentwicklung auf die zukünftige Bedeutung des Panamakanals zur Sprache kommen; leider enthält der Artikel einige Fachausdrücke und Abkürzungen, die an keiner Stelle expliziert werden.

Im folgenden Text gibt R. Fröhlich eine geraffte Darstellung der Struktur und volkswirtschaftlichen Relevanz des panamaischen Finanzzentrums, das in der aktuellen politischen Krise - entgegen der eher zuversichtlichen Prognose des Autors - drastisch an Vertrauen

verloren hat. Auch wenn der Beitrag von C. Moreno zwei, drei interessante Thesen enthält - so die vom nicht fundierten Zweckbündnis der politischen Linken mit einer Militärführung, deren Nationalismus primär eine machtpolitische Funktion erfüllt-, bleibt seine Analyse der jüngsten politischen Entwicklung in der Kanalrepublik sehr an der Oberfläche. U.a. erkennt er den hohen Symbolgehalt der US-Militärpräsenz in der Kanalzone für konservative US-Politiker, die den Rückzug aus Panama mit einer vor aller Welt demonstrierten Reduzierung traditioneller hemisphärischer Kontrollansprüche Washingtons gleichsetzen. Das Referat von G. Cochez, dem stellvertretenden Parteichef der panamaischen Christdemokraten, wirft ein Licht auf die Haltung der Opposition, ohne allerdings Ansätze einer politischen Alternative zum gegenwärtigen Regime zu markieren - die Forderung nach einem Rückzug des Militärs in die Kasernen und der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse haben rein deklamatorischen Charakter. Bedenkenswert ist indes seine Kritik an der überzogenen sicherheitspolitischen Optik der USA in der Kanalfrage: Der vom Weissen Haus gewünschte und unterstützte Ausbau der panamaischen Streitkräfte hat die Chance einer Rückstufung des Offizierkorps auf seine professionelle Rolle eher vermindert. G. Sandner geht es um die Problematisierung der bei den einheimischen Führungsgruppen ebenso wie in weiten Teilen des Auslands festgefügten Perzeption Panamas als Kanalstaat, d.h. als einer Gesellschaft, die ihre globale Rolle und nationale Identität wie selbstverständlich von ihrer transisthmischen Funktion herleitet und von daher die Erwägung realistischer Alternativen konsequent vernachlässigt hat. Er weist auf die Ansatzpunkte und Chancen hin, die sich dem Land bei einer stärkeren Orientierung auf den zentral-amerikanisch-karibischen Raum bieten. Allerdings darf die außerordentliche Bedeutung, die dem Kanal in historischer, symbolisch-politischer und ökonomisch-entwicklungspolitischer Hinsicht zukommt, nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein Problem angesprochen wird, das sich für unterentwickelte Länder grundsätzlich stellt - die auf der Benennung denkbarer sozioökonomischer Optionen beruhende Plausibilität kollidiert in Panama wie anderswo mit dem gegebenen machtpolitischen Interessengefüge.

Im letzten Beitrag liefert M. Minkner einen Literaturbericht zu einigen neuen sozialwissenschaftlichen Veröffentlichungen zu panamaischen Politik, wobei ihre Aussage Erwähnung verdient, daß in der politikwissenschaftlichen Forschung der USA auch außenpolitisch so prioritär definierte Staaten wie Panama sehr stiefmütterlich bedacht werden.

Ergänzt wird das Sonderheft, das insgesamt einen recht nützlichen Überblick über die Kanalproblematik in der ersten Geltungsdekade der neuen Verträge offeriert, durch eine gute bibliographische Zusammenstellung von seit 1977 erschienenen Publikationen und eine detaillierte elfseitige Chronologie ("Panama und sein Kanal, 1876-1988"), die den Schwerpunkt auf die Entwicklung seit 1977 und insbesondere den politischen Krisenprozeß seit Juni 1987 legt.

*Karl-Dieter Hoffmann*